

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 24

Artikel: Hauptbeispiel UdSSR : kolonialistische und imperialistische Ausbeutung in kommunistischer Sicht
Autor: Djing, Nan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095255>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kolonialistische und imperialistische Ausbeutung in kommunistischer Sicht

Hauptbeispiel UdSSR

Aus einem Beitrag von Nan Djing in «Peking Rundschau»

Die folgenden Auszüge sind einem Beitrag von «Hongqi», Nr. 9/1974, entnommen, den die «Peking Rundschau» am 12. 11. 1974 in deutscher Übersetzung brachte. Der dortige Titel lautet «Sozialimperialisten: Unersättliche internationale Ausbeuter. Die Sowjetrevisionisten, die sogenannten 'natürlichen Verbündeten', sind entlarvt». Die Zwischen-titel sind von uns.

Die sogenannte «Hilfe» der Sowjetrevisionisten ist dem Wesen nach nichts anderes als imperialistischer Kapitalexport, nur mit dem Unterschied, dass der sowjetische Kapitalexport mit dem Etikett «sozialistischer Staat» versehen ist.

Der sowjetische Revisionismus geht bei seiner Art «Hilfe» an die Dritte Welt, einschliesslich der «wirtschaftlichen Hilfe» und der «Militärhilfe», ausnahmslos von seiner konterrevolutionären Globalstrategie aus. Die sowjetischen Revisionisten wollen in Wirklichkeit mit ihrer «wirtschaftlichen Hilfe» den dringenden Wunsch der Länder der Dritten Welt ausnützen, das imperialistische und kolonialistische Joch abzuschütteln und die nationale Wirtschaft zu entwickeln. Sie wollen die Empfängerländer mit Hilfe von Krediten, Investitionen usw. ökonomisch infiltrieren, deren wichtigste Wirtschaftszweige unter Kontrolle bringen und deren natürliche Ressourcen ausplündern. Sie behindern so diese Länder bei der Entwicklung der nationalen Wirtschaft und verwandeln die Empfängerländer mehr oder weniger in ihre politischen und wirtschaftlichen Anhängsel, damit sie ihre eigene Position verbessern und ihr Potential für die Erringung der Welthegemonie verstärken können.

Kapitalexport als vierfache Ausbeutung

Als Lenin auf den verbrecherischen Kapitalexport des Imperialismus hinwies, sagte er, dass «das (Finanzkapital) ... dem Ochsen das Fell zweimal über die Ohren zieht: einmal durch die Profite aus der Anleihe und dann durch die Profite aus derselben Anleihe, sobald sie zum Ankauf der Kruppschen Erzeugnisse oder der

Eisenbahnmaterialien des Stahlsyndikats usw. verwendet wird».

Der heutige sowjetische Kapitalexport beutet mit einer Anleihe sogar vierfach aus.

Erstens erpressen die Sowjetrevisionisten direkt durch ihre Anleihen Zinsen. So macht zum Beispiel der Betrag, den die Sowjetunion jährlich als Zinsen und Zinseszinsen von alten Anleihen von Indien bekommt, mehr als ein Viertel der Summe einer im gleichen Jahr neu abgeschlossenen Anleihe aus.

Zweitens müssen die Empfängerländer mit den erhaltenen Anleihen die veralteten sowjetischen Ausrüstungen und sonst unverkäuflichen Materialien zu hohen Preisen kaufen. Die Sowjetrevisionisten ziehen aus ihrem Warenexport, der ihrem Kapitalexport folgt, riesige Profite.

Drittens wird festgelegt, dass die Empfängerländer die Anleihen mit den Produkten der «Hilfsprojekte» nach deren Fertigstellung oder mit anderen billigen Rohstoffen begleichen müssen. Die Sowjetrevisionisten ziehen Profite aus den Preisdifferenzen, die durch das Herunterdrücken der Einkaufspreise entstehen.

Viertens entsenden die Sowjetrevisionisten zahlreiche «Experten» und «Berater» in die Empfängerländer und verlangen dort für sie hohe Gehälter und Zuschläge sowie verschiedene unangemessene Privilegien. Ja, sie schleichen sich sogar in die wichtigsten Wirtschaftsabteilungen der Empfängerländer ein, spielen dort die Rolle eines «Schattenkabinetts», mischen sich in innere Angelegenheiten der Empfängerländer, manipulieren hinter den Kulissen und verdrängen oder attackieren mit allen Mitteln diejenigen,

die irgendein Zeichen von Unzufriedenheit mit den Sowjetrevisionisten zeigen.

Die Revisionisten des Kremls wollen tatsächlich dem Ochsen das Fell viermal über die Ohren ziehen. Damit aber nicht genug, tun sie ihr Möglichstes, um im Namen der «internationalen Arbeitsteilung» wichtige Wirtschaftszweige anderer Länder in ihre eigene Wirtschaftsplanung einzugliedern. Das bedeutet, dass die Empfängerländer ihre Wirtschaft einseitig entwickeln müssen und immer stärker vom Sowjetrevisionismus abhängig werden, bis sie schliesslich zu dessen Rohstoffbasen und Verarbeitungsbetrieben werden.

Zum «Waffenhändler Nr. 1» in der Welt geworden

Die «Militärhilfe» der sowjetischen Revisionisten ist ein Werkzeug für den offenen Eingriff in die Souveränität anderer Länder und für die Einmischung in deren innere Angelegenheiten.

Die sowjetrevisionistische Renegatenclique prahlt ständig mit ihrer «Militärhilfe» als «prinzipienfestem und klarem Beweis für die internationalistische Politik». In Wirklichkeit nützt sie die Schwierigkeiten anderer Länder aus, um einerseits aus dem Verkauf von veralteten Waffen Wucherprofite zu erzielen, andererseits um ihre «Militärhilfe» als Hebel für die verstärkte Kontrolle über die Empfängerländer einzusetzen. Jedes Land, das sowjetrevisionistische «Militärhilfe» in Anspruch zu nehmen gezwungen ist, muss akzeptieren, in bar oder in Devisen überhöhte Preise zu zahlen. Deshalb sehen sich einige Empfängerländer gezwungen, für die Zahlungen an die Sowjetrevisionisten auf dem europäischen Geldmarkt US-Dollars aufzunehmen.

Weiters tätigen die sowjetischen Revisionisten die meisten Waffenverkäufe, um sich wichtige Rohstoffe aus den Empfängerländern anzueignen. Beim Wiederverkauf streichen sie dann enorme Profite ein. Zum Beispiel tauschten sie ihre Waffen gegen das Oel des Mittleren Ostens ein, das sie dann in Europa mit vielfachem Profit weiterverkauften.

Schliesslich kontrollieren die sowjetrevisionistischen Militär-«Berater» das Kommando, den Nachschub und die Ausbildung der Streitkräfte der Empfängerländer, die der Sowjetunion auch das Recht auf Benutzung ihrer Häfen und Stützpunkte usw. einräumen müssen.

Ist in einer solchen «Militärhilfe» auch nur die geringste Spur von proletarischem Internationalismus zu finden? Im Gegenteil, sie ist ein «klarer Beweis» für den hundertprozentigen Grossmacht-Chauvinismus und den nationalen Egoismus der sowjetischen Revisionisten. Anfang der siebziger Jahre hat die Menge der von den sowjetischen Revisionisten verkauften Waffen schon diejenige der USA übertroffen, und jene sind zum Waffenhändler Nummer 1 in der Welt geworden.

Klassische «Multinationale» unter anderem Namen

Abgesehen von der wirtschaftlichen und militärischen «Hilfe» sind die sowjetischen Revisionisten in letzter Zeit dem Beispiel der multinationalen Konzerne des kapitalistischen Imperialismus bei den direkten Auslandsinvestitionen grossen Umfangs gefolgt.

Unter dem Aushängeschild der «wirtschaftli-

Sowjets kontern

«Geht es um Fragen der Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer, so orientiert Peking die Staaten der 'Dritten Welt' auf die vorrangige Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie und macht es sich überhaupt nicht zur Aufgabe, dazu beizutragen, dass in den jungen Nationalstaaten eine Schwerindustrie als Grundlage für die wirtschaftliche Selbständigkeit aufgebaut wird.

Hier sei nur gesagt, dass die Ausrüstung, Metall-erzeugnisse und Baustoffe für Objekte, die mit Hilfe der VRCh errichtet werden, lediglich 20 Prozent des chinesischen Exports in die Länder der 'Dritten Welt' ausmachen, das übrige sind Gebrauchsgüter. Peking zwingt sie den Entwicklungsländern auf, um die sogenannten Aus-

gaben für die chinesischen Kredite zu decken, was eine obligate Bedingung für deren Gewährung ist und die einführenden Länder zwingt, ihre eigene Produktion ähnlicher Waren einzuschränken. Das beschwört eine reale Gefahr für das Bestehen und die Entwicklung der nationalen Industrie herauf.

Eine derartige Ausrichtung der chinesischen Hilfe erinnert stark an die 'Hilfe' der imperialistischen Staaten, denn sie führt zur Konservierung der wirtschaftlichen Rückständigkeit, macht die Entwicklungsländer von den imperialistischen Monopolen abhängig und trägt zur Verstärkung ihres Zurückbleibens hinter den entwickelten Staaten der Welt bei.»

G. Kotschin in «Sowjetunion», Nr. 18/1974

Der Kommentar

Unser Auszug aus einer chinesischen Betrachtung über den Charakter der sowjetischen Hilfe an die Entwicklungsländer ist zunächst eines von vielen Beispielen für die anhaltende sino-sowjetische Auseinandersetzung.

In letzter Zeit ist vermehrt eine Annäherung zwischen Peking und Moskau zur westlichen Diskussion gestanden. Nun, grundsätzlich ist ein Revirement auch in der Aussenpolitik nie ausgeschlossen; nach der Ablösung der schon überalterten chinesischen Führung werden sich ohnehin viele Fragen neu stellen, und inzwischen werfen sie ihre Schatten voraus.

Bisher ist allerdings festzuhalten, dass die Feindschaft zur Sowjetunion die nahezu sicherste Konstante im wendungsreichen chinesischen Kurs der letzten Jahre war. Sie hat die Kulturrevolution und ihre unsichere Bewältigung überstanden, den Aufstieg und den Fall des deklarierten «Nachfolgers» Lin Piao, die neuen Beziehungen zu den USA und überhaupt zur Aussenwelt nach einer geradezu xenophoben Periode zuvor. Sehr bezeichnend ist es in dieser Hinsicht, dass dem gestürzten internen Feind immer Moskauhörigkeit bescheinigt wird; Lin Piao galt nach seinem physischen und politischen Absturz als Komploteur mit dem Kreml, aber er selbst hatte auf dem Höhepunkt seiner Macht die Feinde der Kulturrevolution u. a. als Anhänger des Sowjetrevisionismus gegeisselt. Sogar der kürzlichen Kampagne gegen Konfuzius musste dadurch Nachdruck verliehen werden, dass man die Sowjetführung als Anhänger des Konfuzia-

nismus hinstellte, was wahrscheinlich schon in der bildungsmässigen Voraussetzung ein unge-rechter Vorwurf ist.

Ebensowenig hat sich die Konstanz der sino-sowjetischen Feindschaft durch sowjetische Veränderungen brechen lassen. Ursprünglich hatten die Chinesen den Sowjets die Entstalinisierung vorgeworfen; als man aber in der UdSSR Stalins Person und Methoden wieder aufwertete, steigerte man in Peking die Vorwürfe noch und nannte die Sowjetführung imperialistisch und faschistisch.

Wahrscheinlich ist die Feindschaft zwischen den beiden kommunistisch regierten Grossmächten auf Dauer angelegt. Dass sie mit Freundschaft und Zusammenarbeit überspielt werden könnte, ist dann am wahrscheinlichsten, wenn die Sowjets ihren Nachbarn einen Diktatfrieden aufzwingen können, eine Möglichkeit, deren allfällige Realisierbarkeit sich nach Maos Weggang erweisen wird. Bis dahin sind Indizien auf eine Aenderung der Beziehungen als provisorisch zu betrachten.

Im Falle eines im Westen eifrig besprochenen «Signals» Pekings an Moskau ist allerdings das angeführte Indiz auch als Provisorium nicht viel wert. Chinesische Glückwünsche nach Moskau zum Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November hatten den Vorschlag zu einem Abkommen über Gewaltverzicht und Nichtangriff enthalten. Da schon Breschnew das gleiche vorgeschlagen hatte, konnte das als Annäherung verstanden werden. Nur haben beide Seiten gerade diese Forderung, nichts anderes als eine Regelung der Grenzfrage, schon seit fünf Jahren regelmässig als ihren eigenen Beitrag zum Frieden deklariert und einander vorgeworfen, es damit nicht ernst zu meinen. So neu ist dieser Anlauf also schon inhaltlich nicht; vielleicht nimmt man die abgebrochenen konkreten Verhandlungen wieder einmal auf. Aber eine Annäherung in grund-

sätzlichen Belangen ist das Glückwunschtelegramm, das an die staatlichen Behörden und nicht an die Partei gerichtet war, schon gar nicht. Die Chinesen wünschen die Normalisierung der Beziehungen ausdrücklich auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Und weil die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in kommunistischer Lesart nur die Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher oder gegensätzlicher Gesellschaftsordnung regeln, wird gerade mit dieser Formulierung klargemacht, dass die Chinesen die Unterschiede zwischen den beiden Staaten als fundamental betrachten. Das «Signal» bedeutet also keine Milderung der Auseinandersetzung, sondern ist ein gezielter Beitrag dazu: die Sowjetunion soll wie andere imperialistische und kapitalistische Staaten einsehen, dass man mit China vernünftige staatliche Beziehungen haben kann.

*

Die grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen China und der Sowjetunion halten also an. Aber man darf nun den Konflikt nicht bloss als Faktum für das Verhältnis der beiden Mächte und seine weltpolitischen Auswirkungen registrieren. Gerade in unserer ideologisierten Zeit sollte der Inhalt und die Argumentation der Auseinandersetzung zur Kenntnis genommen werden. Und jenen zur Kenntnis gebracht werden, die davon nichts wissen wollen, weil sonst ihr heiles antikapitalistisches Weltbild Schaden nehmen könnte.

Was sehen wir denn beispielsweise in unserem heutigen Auszug aus der «Peking-Rundschau»? Eine kommunistische Schilderung kolonialistischer Ausbeutung just jener Art, welche die Frommen hierzulande und hierzustens auf das privatwirtschaftliche Interesse der kapitalistischen Strukturen zurückführen. Nur wird diese Uebung hier auf die Sowjetunion angewandt, die übrigens beschuldigt wird, es mit der Ausbeutung noch ärger zu treiben als die andern kapitalistischen Staaten. Denn da auch die Chinesen den Kapitalismus als Voraussetzung der Ausbeutung betrachten, finden sie die Sowjetunion auch kapitalistisch und in gewissem Masse sogar superkapitalistisch (womit sie übrigens dann sogar recht hätten, wenn man die oligarchische Verfügungsgewalt über sämtliche Produktions- und übrigen Machtmittel als letzte Stufe des Monopolkapitalismus betrachtet, was freilich das Kennzeichen aller Länder wäre, die den Kapitalismus abgeschafft haben). Aber in hiesiger Sicht wird die Sowjetunion ja normalerweise nicht als kapitalistischer Staat betrachtet. Wie kommt es dann dazu, dass man ihr, und zwar wohlverstanden kommunistischerseits, jene koloniale Ausbeutung anlasten kann, die laut Aussage unserer progressiven Führer und Erzieher die privatwirtschaftliche Profitgier zur Voraussetzung hat? Lügen denn die chinesischen Kommunisten? Oder lügen die Sowjets, die den Chinesen Ähnliches vorwerfen? Oder eignet sich der Klassenstandpunkt überhaupt nicht zur Wahrheitsermittlung?

Zusammengefasst sind die Aussagen und Argumente in der sino-sowjetischen Auseinandersetzung eigentlich ein Zeugnis dafür, dass man im gesamten «sozialistischen» Lager überhaupt nicht an die kapitalistische Voraussetzung der Ausbeutung glaubt, die man verkündet. Den Glauben überlässt man den Jüngern im Westen. Sofern nicht auch sie schon weniger den Glauben als die Macht meinen. cb

chen Zusammenarbeit» errichteten sie in einigen Ländern der Dritten Welt viele «gemeinsame Aktiengesellschaften» in Handel, Schifffahrt, Bankwesen, Versicherungswesen sowie auf dem Instandhaltungs- und Montagesektor. Darüber hinaus haben sie sich bereit erklärt, ein Bündnis mit den Monopolkapitalisten der anderen Supermacht zu schliessen, um gemeinsame Unternehmen in einem dritten Land zu errichten. In einem Artikel des Zentralorgans der sowjetischen Revisionisten, «Kommunist», forderten sie voriges Jahr die Entwicklungsländer unumwunden auf, «Schritt für Schritt und in Etappen an der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung teilzunehmen» und ihnen zu erlauben, in diesen Ländern «gemeinsame Aktiengesellschaften» zu errichten. Diesen Vorgang beschrieb das Blatt als eine «neue Form der Zusammenarbeit», der «immer entschlossener Vorrang gegeben» werde. Gerade heraus gesagt, ist diese von den sowjetischen Revisionisten gern und viel gerühmte «neue Form» nur eine Kopie der multinationalen Konzerne. Die «neue Form» ist der Ausdruck für den neuen Trend der sowjetischen Revisionisten, den Kapitalexpert zu beschleunigen.

Ein anderes niederträchtiges Mittel der sowjetischen Revisionisten für die Ausbeutung und Plünderung der Dritten Welt ist der sogenannte «gleichberechtigte, dem gegenseitigen Nutzen

dienende» Handel; er hat den gleichen Stellenwert wie die «Hilfe». In Wirklichkeit ist diese Art von Handel ein Synonym für den ungleichen Austausch von Werten.

Mehr Profit aus dem Handel mit den Entwicklungsländern als selbst die kapitalistischen Imperialisten

Die sowjetischen Revisionisten beherrschen die Kunst, billig einzukaufen und teuer zu verkaufen, noch «besser» als die kapitalistischen Imperialisten. Es ist allgemein bekannt, dass die gegenwärtige Preisrelation zwischen Grundstoffen und Fertigwaren auf dem Weltmarkt entstand, als der Imperialismus seine Monopolstellung eroberte. Diese Preisrelation selbst ist ein Ausdruck für den ungleichen Austausch von Werten.

Die Preise der von den sowjetischen Revisionisten in die Länder der Dritten Welt exportierten Waren sind allgemein 15 bis 20 Prozent höher als auf dem Weltmarkt; hingegen sind die von der Sowjetunion bezahlten Preise für Importe aus diesen Ländern um 10 bis 15 Prozent niedriger als die Weltmarktpreise. Das bedeutet tatsächlich einen zusätzlichen ungleichen Austausch von Werten auf der Basis des imperialistischen ungleichen Austausches von Werten. Mit dieser Art von Austausch verdoppelt sich die Ausbeutung. ■